

Das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz

Seit 1. Jänner 2006 ist das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz in Kraft, besser bekannt unter dem Begriff „Unternehmensstrafrecht“. Damit wird erstmals in Österreich die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Verbänden für gerichtliche Straftaten geregelt.

Das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz (VbVG) normiert einerseits, wann und unter welchen Voraussetzungen Verbände zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden können, und andererseits Besonderheiten des Strafverfahrens gegen diese. Vor Inkrafttreten des VbVG konnten ausschließlich natürliche Personen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, unabhängig davon, ob durch diese Straftat ein Verband, für den sie tätig geworden sind, begünstigt wurde oder ob das Ergebnis dieser Straftat dem Verband zugute gekommen ist.

Auch vor dem Inkrafttreten des VbVG war es möglich, Verbände im weitesten Sinne subsidiär zur Einbringlichmachung von Geldstrafen haftbar zu machen, die über Entscheidungsträger des Verbands verhängt wurden; ebenso war es möglich, eine eventuelle Bereicherung, die durch die Straftat natürlicher Personen einem Verband zugute gekommen ist, im strafrechtlichen Sinne abzuschöpfen.

Diese Maßnahmen gegen Verbände waren aber für den Gesetzgeber unzureichend, um eine präventive Wirkung zur Unterbindung von Straftaten zu erzeugen. Insbesondere durch zahlreiche Rechtsakte der Europäischen Union und durch völkerrechtliche Verpflichtungen hat sich der Gesetzgeber veranlasst gefühlt, auch Verbände strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Subsidiär zum VbVG sind

die Bestimmungen des Strafgesetzbuches anzuwenden.

Für eine Verantwortung des Verbandes kommen alle Tatbestandstypen des Strafgesetzbuchs und des Nebenstrafrechts in Frage, somit auch Mord oder Sexualdelikte. Nicht umfasst sind Finanzdelikte des Finanzstrafrechts.

Anlassfall für das Gesetz war nicht das tragische Bergbahnunglück in Kaprun im Jahr 2000, sondern das Verlangen der Europäischen Union, im Speziellen des Europarats und der OECD. Auch wären im Strafverfahren Kaprun gegen die natürlichen Personen der verschiedenen Verbände keine Verurteilungen der Verbände selbst möglich gewesen, da ja die handelnden natürlichen Personen freigesprochen wurden.

Unter Verband versteht der Gesetzgeber jede juristische Person, wie insbesondere Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen, Vereine, auch politische Parteien, Genossenschaften und Personengesellschaften, wie Kommanditgesellschaften und Offene Handelsgesellschaften oder eingetragene Erwerbsgesellschaften.

Nicht als Verbände zählen hingegen der Bund, die Länder, die Gemeinden und andere juristische Personen, soweit sie in Vollziehung der Gesetze handeln. Auch Kirchen und Religionsgesellschaften fallen nicht unter den Begriff des Verbandes, sofern sie innerhalb ihrer seelsorgeri-

schen Tätigkeit gehandelt haben.

Private juristische Personen gelten dann nicht als Verbände, wenn sie in Ausübung von Aufgaben tätig waren, die ihnen im Rahmen der Hoheitsverwaltung übertragen worden sind. Auch Gesellschaften nach bürgerlichem Recht fallen nicht in den Verantwortungsbereich des VbVG.

Verantwortlichkeit. Der Gesetzgeber kann lediglich die Verantwortlichkeit von Verbänden für strafbare Handlungen seiner natürlichen Personen wie Entscheidungsträger oder Mitarbeiter feststellen. Da der Verband als solcher nicht schuldhaft handeln kann und deshalb auch nicht schuldig sein kann, eine Straftat begangen zu haben, kommt hier lediglich eine Verantwortlichkeit des Verbandes für ein schuldhaftes Verhalten seiner Entscheidungsträger oder Mitarbeiter in Frage.

Ein Verband ist dann strafrechtlich verantwortlich, wenn prinzipiell Straftaten im Namen dieses Verbandes begangen werden, und zwar aus seinem Organisationsbereich heraus, und diese Straftaten nicht im ausschließlichen Eigeninteresse von Einzelpersonen begangen wurden. Vom VbVG ausgeschlossen sind Taten, die sich unmittelbar gegen die Interessen des Verbandes richten und solche, die von Betriebsangehörigen ausschließlich auf eigene Rechnung etwa unter Ausnützung der durch die Tätigkeit geschaffenen Gelegenheiten begangen wer-

den, wie beispielsweise der Diebstahl durch einen Mitarbeiter. Das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz möchte somit insbesondere Fälle der Wirtschaftskriminalität und Umweltstraftatdelikte abdecken.

Die Straftaten müssen entweder durch einen Entscheidungsträger oder durch einen Mitarbeiter des Verbandes begangen worden sein. Für Straftaten eines Entscheidungsträgers ist der Verband dann verantwortlich, wenn dieser die Tat rechtswidrig und schuldhaft als Entscheidungsträger des Unternehmens bzw. des Verbandes begangen hat. Unter Entscheidungsträger ist jeder zu verstehen, der maßgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung des Verbandes ausübt, wie insbesondere Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, wobei auch eventuell maßgebliche Kreditgeber des Verbandes – beispielsweise Banken – unter den Begriff der Entscheidungsträger fallen können, da diese durch ihre Kreditpolitik Weisungen auf die Geschäftsführung ausüben könnten.

Weiters zählen als Entscheidungsträger auch Mitglieder des Aufsichtsrats oder generell jede natürliche Person, die Kontrollbefugnis im Rahmen des Verbandes in leitender Stellung ausübt, wie beispielsweise der Leiter der Controlling-Abteilung eines Unternehmens.

Für Straftaten von Mitarbeitern haftet der Verband nur dann, wenn der Mitarbeiter rechtswidrig gehandelt hat und der Verband die



Landesgericht Wien: Seit 1. Jänner 2006 können nicht nur natürliche Personen, sondern auch Verbände vor Gericht stehen.

Begehung der Tat dadurch ermöglicht oder erleichtert hat, dass der Entscheidungsträger, dem der Mitarbeiter verantwortlich ist, die nach den Umständen gebotene und zumutbare Sorgfalt außer Acht gelassen hat – insbesondere dadurch, dass er wesentliche technische, organisatorische oder personelle Maßnahmen zur Verhinderung der Tat unterlassen hat. Dies kann insbesondere fehlende Maßnahmen hinsichtlich einer Unfallprävention oder mangelnde Einschulungen betreffen.

Denkbar wären beispielsweise eine Haftung des Verbandes, wenn einer seiner Lkw-Fahrer wegen Übermüdung einen Unfall verursacht und Personen zu Schaden kommen. Sollte der Lkw-Fahrer nicht genügend instruiert worden sein, Fahrten nicht ohne Einhaltung der Ruhepausen durchzuführen, so haftet der Ver-

band. Denkbar wäre auch eine Weisung eines Entscheidungsträgers, Ruhepausen nicht einzuhalten, wodurch aufgrund der Übermüdung der Unfall verursacht wurde. Unter „Mitarbeiter“ im Sinne des VbVG ist jeder zu verstehen, der aufgrund eines Dienstverhältnisses Arbeitsleistungen für den Verband erbringt oder zu ihm in einem Lehr- oder Ausbildungsverhältnis steht. Auch Heimarbeiter oder arbeitnehmerähnliche Dienstnehmer im Rahmen eines freien Dienstvertrages fallen unter den Begriff Mitarbeiter.

Strafen. Sollte nunmehr ein Verband für eine Straftat verantwortlich sein, so ist nach dem VbVG eine Geldbuße durch das Gericht zu verhängen, wobei für diese das für natürliche Personen geltende Tagessatzsystem anzuwenden ist. Die Anzahl

der Tagsätze ist nach Deliktsarten zwischen 40 und 180 Tagessätzen gestaffelt. Die Höhe des Tagsatzes hängt von der Ertragslage des Verbandes ab; als Berechnungsmethode ist ein 360stel des Jahresertrags heranzuziehen, wobei pro Tagsatz mindestens 50 höchstens 10.000 Euro zu verhängen sind. Die Höhe des Tagsatzes kann um ein Drittel über- oder unterschritten werden. Bei gemeinnützigen Verbänden liegt die Höhe des Tagsatzes zwischen 2 und 500 Euro. Es ist jedoch vom Gesetzgeber ausdrücklich vorgesehen, dass die Höhe des Tagsatzes nicht zur Existenzgefährdung des Verbandes führen sollte.

Die Höhe des Tagsatzes hängt von mehreren Faktoren ab. Die Schwere der Tat, die Schwere des Vorwurfs odere bereits vorliegende Vorstrafen sind zu berück-

sichtigen. Es sind somit Erschwerungs- und Milderungsgründe im Gesetz vorgesehen. Auch die Höhe des durch die begangene Straftat erlangten Vorteils ist zu berücksichtigen. Sollte der Verband Schadensgutmachung geleistet bzw. Schritte zur zukünftigen Verhinderung ähnlicher Taten unternommen haben, ist dies als Milderungsgrund zu werten; ebenso, ob die Straftat lediglich durch Mitarbeiter oder durch Entscheidungsträger begangen wurde.

Die Strafe wäre beispielsweise auch dann zu mildern, wenn im Falle eines Verbandes nach dessen gesellschaftsrechtlicher Konstruktion der Alleingesellschafter zugleich Alleingeschäftsführer ist, somit eine „Ein-Mann-Gesellschaft“ vorliegt und der Geschäftsführer als Entscheidungsträger die Straftat begangen

haben sollte. Hier wären prinzipiell sowohl der Geschäftsführer als auch die Gesellschaft zu bestrafen, für die Gesellschaft liegt aber ein Milderungsgrund vor.

Im Sinne der einheitlichen Systematik des Strafrechts und des Strafprozessrechts sieht auch das VbVG neben den Milderungs- und Erschwerungsgründen verschiedene Möglichkeiten der Erleichterung der Geldbußen und das Absehen ihrer Verhängung vor.

Bedingte Buße. Es gibt ganz- oder teilbedingte Bußen. Im Fall einer bedingten oder einer teilbedingten Geldbuße kann eine Probezeit zwischen einem und drei Jahren verhängt werden.

Voraussetzung für eine bedingte Geldbuße ist, dass der Verband zu nicht mehr als 70 Tagsätzen verurteilt worden ist. Falls anzunehmen ist, dass die Verhängung einer bedingten Geldbuße genügt, um den Verband von der Begehung weiterer Straftaten abzuhalten und es nicht der Vollstreckung der Geldbuße bedarf, um der Begehung von Taten anderer entgegenzuwirken – somit aus general- und spezialpräventiven Gründen die Vollstreckung einer Geldbuße nicht notwendig ist – kann eine bedingte Strafnachsicht ausgesprochen werden. Entscheidend für das Gericht wird hier sein, wie schwer das Gewicht der Pflichtverletzung ist, ob frühere Verurteilungen vorliegen und ob der Verband sofort nach dem Eintritt der Straftat Maßnahmen gesetzt hat, die weitere Straftaten verhindern sollten.

Auch ist die Verhängung von Weisungen vorgesehen, von der die bedingte Strafnachsicht abhängig gemacht werden kann. Die wichtigste



Für Unternehmen gilt nicht nur das Zivilrecht, sondern auch das Strafgesetz.

und zwingendste Maßnahme der Weisung ist die Schadensgutmachung. Ansonsten kommen andere Weisungen in Betracht, die jedoch nur mit Einverständnis des Verbandes verhängt werden können, wie beispielsweise die Zustimmung zu technischen, organisatorischen oder personellen Maßnahmen, die der Begehung weiterer Taten entgegenwirken sollen. Analog zur bedingten Strafnachsicht ist im VbVG die Widerrufsmöglichkeit einer solchen im Fall einer neuerlichen Straftat vorgesehen.

Die Verjährungsfristen für Geldbußen nach dem VbVG betragen zehn Jahre bei Geldbußen zwischen 51 und 100 Tagsätzen, fünfzehn Jahre bei Geldbußen über diesem Tagsatz und fünf Jahre unter dem Tagsatz von 51.

Diversion. Als weitere Möglichkeit einer Strafmilderung ist im VbVG wie im allgemeinen Strafrecht die Diversion vorgesehen – also der Rücktritt von der Ver-

folgung durch den Staatsanwalt. Voraussetzung für die Durchführung einer diversionellen Maßnahme ist, dass der Verband den entstandenen Schaden wiedergutmacht hat, Schäden aus anderen Taten beseitigt hat und dies dem Staatsanwalt nachweist. Als mögliche diversionelle Maßnahmen kommen die Zahlung eines Geldbetrags oder das Durchführen gemeinnütziger Leistungen innerhalb einer Frist von maximal sechs Monaten in Frage, wobei die genaue Frist durch den Staatsanwalt festgelegt wird. Auch kann nur das Festsetzen einer Probezeit als diversionelle Maßnahme vorgesehen werden, wenn der Verband gewisse Maßnahmen zur Prävention von Straftaten ergreift.

Absehen von Verfolgung. Das Gesetz sieht auch das Absehen von der Verfolgung durch den Staatsanwalt vor. Damit kommt es nicht zur Überprüfung der Verantwortlichkeit eines Verbandes. Dies soll vor al-

lem Bagatelldelikt entkriminalisieren. Dem Staatsanwalt kommt zwar Ermessen zu, ob er von der Verfolgung absehen wird, er hat jedoch mehrere Komponenten zu berücksichtigen, wie beispielsweise die Schwere der Tat, das Gewicht der Pflichtverletzung und die Folgen der Tat.

Opportunitätsprinzip. Hinsichtlich der Verfolgung der Verantwortlichkeit eines Verbandes ist im Gegensatz zum allgemeinen Strafrecht das Opportunitätsprinzip vorgesehen. Dies bedeutet, dass der Staatsanwalt das Strafverfahren einstellen kann, wenn die Ermittlung der Verantwortlichkeit des Verbandes oder die Verfolgungsanträge mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden wären, der außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache oder der zu erwartenden Sanktion steht. Auch davon gibt es Ausnahmen.

Der Verband ist nicht berechtigt, hinsichtlich der ihm auferlegten Geldbuße

einen Rückgriff auf Entscheidungsträger oder Mitarbeiter des Unternehmens durchzuführen. Die Geldbußen sind steuerlich nicht absetzbar.

Eine verhängte Geldbuße gegenüber einem Verband kann auch auf dessen Rechtsnachfolger übergehen. Falls es mehrere Rechtsnachfolger geben sollte, kann eine über den Rechtsvorgänger verhängte Geldbuße gegen jeden Rechtsnachfolger vollstreckt werden.

Für das Strafverfahren gegenüber dem Verband ist jenes Gericht zuständig, das für die verdächtigten oder beschuldigten natürlichen Personen zuständig ist, um Mehrgleisigkeiten von Verfahren zu verhindern. Es kann aber zur Sicherung des Strafverfahrens zu einer Absonderung desselben gegen den Verband kommen.

Auch wird normiert, dass die verantwortlichen Entscheidungsträger bzw. Mitarbeiter im Verfahren gegen den Verband als Beschuldigte zu vernehmen sind, auch wenn sie bereits verurteilt wurden.

Die Mitarbeiter, die eventuell die Straftat begangen haben, sind als Beschuldigte in diesem Verfahren anzusehen. Vertretungsbefugt im Strafverfahren des Verbandes sind die Entscheidungsträger. Falls sämtliche Entscheidungsträger die Straftat begangen haben, ist ein Kurator zu bestellen, und zwar von Amts wegen, da sonst die Interessen des Verbandes gefährdet sein könnten.

Da es für einen Verband keine Untersuchungshaft wegen Flucht- oder Verdunkelungsgefahr gibt, wurde das Instrument der einstweiligen Verfügung geschaffen. Die einstweiligen Verfügun-

gen können zur Sicherung einer zu verhängenden Geldbuße vorgesehen werden, wenn dringender Tatverdacht besteht und zu befürchten ist, dass die Einbringlichmachung durch das Wegschaffen von Vermögenswerten erschwert werden kann. Beispielsweise wäre eine Sicherung das Sperren von Konten oder der Entzug der Verfügungsberechtigung hierüber.

Zur Sicherung von Geldbußen wäre auch die Pfändung von Bankguthaben oder von noch offenen ausstehenden Rechnungen denkbar.

Nachdem das Verfahren sowohl gegen die verantwortlichen Entscheidungsträger und die Mitarbeiter als auch gegen den Verband gemeinsam geführt wurde, ist am Ende des Beweisverfahrens eine Zweiteilung durchzuführen. Zunächst sind die Urteile gegen die

natürlichen Personen zu fällen. Falls diese natürlichen Personen freigesprochen werden sollten, hat die Staatsanwaltschaft drei Tage Zeit, sich zu erklären, ob sie gegen den Verband weiter verhandeln möchte. Sollten die natürlichen Personen verurteilt worden sein, werden danach die Schlussanträge und die Schlussvorträge hinsichtlich des Verfahrens gegen den Verband geführt und danach wird das Urteil gegen den Verband verkündet.

Die Regelungen über Rechtsmittel und die Einbringlichmachung von Geldbußen richten sich nach den allgemeinen Regeln der StPO und dem Einbringungsgesetz.

Dem Verband kommen im Verfahren gegen die natürlichen Personen dieselben Rechte zu, wie sie dem Beschuldigten zustehen.

Philipp J. Graf

Riskmanagement

Unternehmen werden präventives Riskmanagement betreiben müssen, um nicht vom Ernstfall überrascht zu werden.

Für Verbände ist es notwendig, über ein Präventions- und Vorsorgemanagement (rechtliches Riskmanagement) zu verfügen. Prinzipiell haben größere Verbände bereits diese Möglichkeiten in Betracht gezogen.

Langfristig wird es auch für Klein- und Mittelbetriebe unerlässlich sein, Vorkehrungen bezüglich des Unternehmensstrafrechts zu treffen. Die wichtigsten Präventionspunkte, die mit dem Rechtsbeistand des Unternehmens abzuklären wären, sind genaue Analysen der besonders risikobehafteten Bereiche sowie ei-

ne genaue Abgrenzung von Verantwortlichkeiten innerhalb eines Verbandes und die laufende Dokumentation von Entscheidungsprozessen und deren Ergebnissen bzw. genaue Dokumentation der Einschulung hinsichtlich gefährlicher Produkte. Verbände, die über ein solches Riskmanagement verfügen, werden dem VbVG gelassen entgegensehen können.

Wiedergutmachung. Geschädigte haben aus den Straftaten von Entscheidungsträgern und eventuell Mitarbeitern eines Verbandes die Möglichkeit, den ih-

nen entstandene Schaden auf kostengünstigem Wege gegen den Verband geltend zu machen – sie können sich im Verfahren gegen den Verband als Privatbeteiligte anschließen. Ein weiterer Vorteil des Privatbeteiligten liegt darin, einfacher wesentliche Informationen zu erlangen, die in einem etwaigen Zivilverfahren verwertet werden können, sofern das Gericht hinsichtlich der Ansprüche der Geschädigten diese auf den Zivilrechtsweg verweisen sollte.

Rechtliches Riskmanagement. Unternehmen werden nunmehr gezwungen sein, ein rechtliches Riskmanagement einzuführen und dieses laufend an die Anforderungen des geschäftlichen Ablaufs anzupassen und dessen Einhaltung laufend

zu kontrollieren. Wesentlich ist, dass Verbände ausreichend dokumentieren müssen, dass eventuell vorliegende unzureichende Absicherungen eines Produktionsvorgangs nicht auf mangelnde Sorgfaltsrichtlinien eines Unternehmens zurückzuführen sind.

Es wird daher unumgänglich sein, sämtliche Tätigkeitsbereiche des Unternehmens im rechtlichen Sinn detailliert zu analysieren, umfassende juristische Beratung durch einen Rechtsanwalt einzuholen und Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Risiken zu ergreifen.

Konkret anzuraten wären laufende Schulungen, die Bestellung von so genannten Risikobeauftragten und der Abschluss einer speziellen Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung.